



C/2024/7181

9.12.2024

**Klage, eingereicht am 16. Oktober 2024 – Russian Maritime Register of Shipping und Jūrų
Laivybos Registras/Rat**

(Rechtssache T-535/24)

(C/2024/7181)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Kläger: Russian Maritime Register of Shipping (St. Petersburg, Russland), UAB Jūrų Laivybos Registras (Klaipėda, Litauen)
(vertreten durch Rechtsanwälte J. Iriarte Ángel, J. Ordóñez-Cobo und Rechtsanwältin F. Rodríguez González Chaves)

Beklagter: Rat der Europäischen Union

Anträge

Der Kläger beantragt,

- Art. 1 Abs. 4 Buchst. a in Verbindung mit Anhang VI, Art. 1aa Abs. 1 Buchst. a in Verbindung mit Anhang X, Art. 1ab, Art. 4ha Abs. 1a und 2 des Beschlusses 2014/512/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ⁽¹⁾ in der jüngst durch den Beschluss (GASP) 2024/2026 des Rates vom 22. Juli 2024 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, geänderten Fassung für nicht zu erklären; und
- Art. 3e, Art. 3ea Abs. 1, 1a und 2, Art. 3eb Abs. 1, 2 und 3, Art. 5 Abs. 4 Buchst. a in Verbindung mit Anhang XIII, Art. 5a in Verbindung mit Anhang XIX und Art. 5aa Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ⁽²⁾ in der jüngst durch den Beschluss (GASP) 2024/2026 des Rates vom 22. Juli 2024 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, geänderten Fassung (im Folgenden für alle zusammen: angefochtene Rechtsakte) für nichtig zu erklären;
- dem Rat die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klage wird auf folgende vier Gründe gestützt:

1. Erster Klagegrund: Verstoß gegen Art. 7 Abs. 3 der Verordnung 391/2009.
2. Zweiter Klagegrund: Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.
3. Dritter Klagegrund: keine hinreichende Begründung der angefochtenen Rechtsakte.
4. Vierter Klagegrund: Verstoß gegen das Recht auf eine effektive gerichtliche Kontrolle.

⁽¹⁾ ABl. 2014, L 229, S. 13.

⁽²⁾ ABl. 2014, L 229, S. 1.